

sen, am 3. Oktober dem Wirkungsbereich und dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik beizutreten. Damit wird hier ein Zustand eintreten, daß Abgeordnete aus den zu bildenden Ländern der DDR in den Bundestag einziehen, und es wird ein Zustand beginnen, in dem ständig die Menschen, Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auf die Gesetzgebung und das Recht und die Rechtspflege des ganzen Deutschlands einzuwirken haben.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Weitere Wortmeldungen? Ich möchte darum bitten, wenn es noch weitere Wortmeldungen gibt, daß diese hier schriftlich vorliegen. Aber bitte schön, wenn es nicht mehr so viele sind, übersehen wir es auch so.

Dr. Lüth (CDU/DA):

Es kann meines Erachtens nicht angehen, daß die Abgeordneten dieses Hauses, die von 17 Millionen oder 16,4 Millionen Bürgern beauftragt sind, für weitere 60 Millionen sprechen, die ganz andere Abgeordnete haben. Das als erstes.

(Protestbekundungen - Unruhe im Saal)

Zum zweiten: Es wäre ja ganz schön, wenn wir in den Verhandlungen erreichen könnten, daß die Frauen der Bundesrepublik mit den Frauen der DDR gleichgestellt würden.

(Beifall)

Aber, ich bedanke mich, ich wollte nur sagen, es kann aber nicht angehen, wenn die Parlamente ihren Verhandlungsdelegationen von vornherein die Ziele der Verhandlungen festlegen. Dann kann es nämlich

(Unruhe im Saal)

keine Verhandlungen mehr geben. Verhandlungen sind dazu da, um Verhandlungsspielräume auszufüllen.

(Unruhe im Saal)
(Zuruf: Endlich mal begriffen.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Bitte Disziplin,

(Zwischenbemerkungen)

aber ich bitte doch, zu so später Stunde. Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Schröder (SPD):

Ich bin der Auffassung, daß hier laufend Anfragen an niemand gestellt werden. Ich beantrage Schluß der Debatte.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Ich werde diesen Vorschlag aufgreifen nach dem Beitrag von Abgeordneten Gysi,

(Protestbekundungen)

der hat sich schon längere Zeit gemeldet.

Dr. Gysi (PDS):

Ich will lediglich darauf hinweisen, daß der Einigungsvertrag ein Dokument zur gegenseitigen Einflußnahme auf die bis dahin

bestehende Rechtsgestaltung ist. Mit ihm werden gesetzliche Bestimmungen in der DDR und in der Bundesrepublik verändert. Das ist ein ganz normaler Vorgang, wenn man Regierungsabkommen völkerrechtlicher Natur abschließt.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß, wenn ein Vertreter der Regierung das für unmöglich hält, das Ausdruck dafür ist, daß er wirklich an Anschlußpolitik denkt und nicht an einen Einigungsvertrag, in dem man gegenseitig neue Rechte und Pflichten festlegt. Und außerdem geht es um das Territorium der DDR, nicht um das Territorium der BRD. Dort bleibt alles so, wie es nach ihren bisherigen Regelungen ist.

(Beifall bei der PDS, vereinzelt bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Und jetzt möchte ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Einstimmig. Danke schön.

Und jetzt komme ich zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der F.D.P.-Fraktion zur Drucksache Nr. 198. Muß ich den Text noch einmal verlesen?

(Zuruf: Nein!)

Dann möchte ich hierüber abstimmen. Wer für diesen Abänderungsantrag der F.D.P. ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Beifall)

Danke schön. Die Gegenprobe. Wer ist dagegen? - Ich glaube, von hier aus läßt sich übersehen, daß die Mehrheit für den Abänderungsantrag ist.

Und nun möchte ich über diesen gesamten Antrag inklusive Abänderungen abstimmen lassen. Der Abänderungsantrag ist beschlossen, und demzufolge ...

(Unruhe im Saal)

Mit der Abänderung ist es ein neuer Antrag, und ich möchte über diesen neuen Antrag, in den die Änderungen eingegangen sind, abstimmen lassen. Wer für den veränderten Antrag 198 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Auch dies von mir eindeutig zu erkennen. Die Mehrheit war dafür. Jetzt bitte ich um die Stimmenthaltungen. -

(Beifall)

Bei Stimmenthaltungen und Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen.

(Starker Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt. - Ein Geschäftsordnungsantrag.

Dr. Steinecke (F.D.P.):

Herr Präsident! Namens der Fraktion der F.D.P. stelle ich den Antrag, von der heutigen Tagesordnung den Punkt 16 zu streichen. Als Begründung: Als wir den Antrag gestellt haben, war uns der Einigungsvertrag in seinem gegenwärtigen Bearbeitungsstand noch nicht bekannt. Die Fraktion muß Gelegenheit nehmen zu prüfen, inwieweit durch den Einigungsvertrag dieser Antrag vielleicht teilweise gegenstandslos geworden ist. Wir ziehen deshalb diesen Antrag für die heutige Tagung zurück.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Vielen Dank. Das Präsidium nimmt das zur Kenntnis. - Bitte schön.